

Bezugspreis: Für den Monat September 200.— M., voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, sowie Österreich und Luxemburg 248.— M., für das übrige Ausland 282.— M.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Erdkunde und Reisearten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einspaltige Rauparabellzeile kostet 40.— M., Restamazeile 150.— M. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 12.— M. (zweiwöchentlich festgebundene Karte), jedes weitere Wort 10.— M. Stellengeld und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 7.— M., jedes weitere Wort 5.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 15.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geschäftszeit von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Kernsprecher: Dönhoff 292-295 und 2506-2507

Donnerstag, den 14. September 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Kernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Kanzlerrede gegen Krisengerüchte.

Auf dem Deutschen Industrie- und Handelstag, der heute vormittag im Herrenhaus begann, sprach auch der Reichskanzler Dr. Brüning und betonte, daß es die falsche Politik sei, zu glauben, die politischen Ereignisse mit Krisengerüchten begleiten zu sollen. Derartige Krisengerüchte könnten die politische Situation nur noch gefährlicher machen als sie ohnedies ist.

Die vorher vom Präsidenten Franz v. Wendelssohn ausgesprochene Mahnung zur Besonnenheit an das deutsche Volk und an die deutsche Wirtschaft will der Kanzler unterstreichen: Ich bin aus diesem Grunde in diese Versammlung gekommen, um diese Mahnung zur Besonnenheit zu wiederholen.

Die Reichsregierung ist jederzeit bereit, mit jeder Stelle des deutschen Volkes über Schwierigkeiten zu beraten und sich an den Verhandlungstisch zu setzen, um praktische Wege zur Überwindung dieser Schwierigkeiten zu finden.

Die Einheit des deutschen Volkes ist das Ziel unserer Politik. Um die Einheit des deutschen Volkes zu retten, sind wir die Leidenswege gegangen, die Ihr Präsident eben dargestellt hat.

Der Kanzler wiederholte sein früheres Wort „Erst Brot, dann Reparationen“ und sagte dann über die von ihm gewünschte Zusammenarbeit mit allen Kreisen, daß er in den zwei Jahren Kanzlerschaft fast immer verschlossene Türen in den Industrie- und Wirtschaftskreisen gefunden habe, wenn er anfragte, ob sie zu der Übernahme eines Postens im Auslande bereit seien.

Im kommenden Winter den Krieg gegen den Hunger zu organisieren, muß das ganze deutsche Volk bereit stehen, um mit der Regierung die drohenden großen sozialen Gefahren abzuwehren.

wert, war eine abwehrende Geste nach Osten und ein Zeichen der politischen Willenskraft des deutschen Volkes nach Westen. Die glückliche Führung der Außenpolitik unseres Volkes hängt von der wirtschaftlichen Einsicht unserer Gegner ab. Man muß schon weit in der Geschichte zurückgehen, bis man auf einen ähnlichen Bahn stößt, wie auf den, ein Volk wie eine Zitrone auspressen und dann beiseite schieben zu können.

Politik der Disziplin Europas. (Sehr richtig!) Es muß unsere Aufgabe und die ganz Europas sein, die Welt von den Terminkrisen zu befreien. Hierzu ist erforderlich, daß nicht jedesmal eine internationale Krise befürchtet wird, wenn die deutsche Regierung gezwungen ist, Forderungen zu widersprechen, die uns von unserem Ziel, Leistungen und Leistungsmöglichkeiten zu vereinen, entfernen.

„Das ganze Deutschland soll es sein.“ Denn es gilt die Einheit und Zukunft Deutschlands zu retten und Deutschlands Wohlfahrt im Laufe der Jahre wieder herbeizuführen.

Nach den Dankesworten des Präsidenten und einer kurzen Ansprache des Staatssekretärs Dönhoff trat der Industrie- und Handelstag in seine Tagesordnung ein.

Notwendige Reformen.

Zum Ehescheidungsrecht.

Dem Ehescheidungsrecht, wie wir es heute noch haben, ist zum guten Teil Mangel an praktischem Einfühlungsvermögen vorzuwerfen. Es bildet zwar — und dieser Vorzug soll keineswegs verkannt werden —, juristisch gesehen ein sorgfältig durchdachtes einheitliches Ganze, aber es tritt an seinen Aufgabekreis lediglich von der kriminellen Seite heran und rückt in den Mittelpunkt der richterlichen Entscheidung die Schuldfrage ohne Rücksicht auf psychologische Momente, denen gegenüber die Schuldfrage in einer sehr großen Anzahl der Fälle praktisch belanglos ist.

Als Scheidungsgründe sieht das Bürgerliche Gesetzbuch in den §§ 1565 bis 1569 Ehebruch, Lebensnachstellung, böswillige Verlassung, schwere Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten, ehloses und unsittliches Verhalten, grobe Mißhandlung und Geisteskrankheit vor und läßt dabei gänzlich außer acht, daß es außerhalb dieser Kategorien psychologische Ursachen gibt, die einer ehelichen Gemeinschaft den Boden entziehen, wie es ja überhaupt ein Übel ist, einen komplizierten Vorgang wie eine Lebensgemeinschaft durch den Filter eines engbegrenzten Paragraphenwerkes abklären zu wollen.

Im wirtschaftlichen Leben ist es das heißeste Bemühen aller Einsichtsvollen, an die Stelle der Arbeitskämpfe den Vergleich zu setzen; das Internationale Recht arbeitet zielbewußt auf schiedsgerichtliche Entscheidungen hin, die ihre Grundlagen möglichst in der freien Vereinbarung der widerstrebenden Parteien haben.

Optimismus in Paris.

Englische Zeitungsberichte aus Paris bestätigen die Ansicht, daß es in der deutsch-belgischen Schahwächelfrage zu einer friedlichen Lösung (ohne Sanktionen) kommen werde; auch wird davon geredet, daß Lloyd George diese Frage dem Völkerbund überweisen wolle, schon um dessen Bedeutung zu heben. Nach dem Pariser „Journal“ ist man in der Reparationskommission optimistisch gestimmt und überzeugt, daß die Deutschen die belgischen Drohungen nicht beantworten werden; man glaubt, daß man eine Formel finden wird, die einstimmige Zustimmung finden könnte.

Anderer Pariser Blätter sprechen freilich — nach ihrer Gewohnheit — von Sanktionen.

Wadett Poincaré?

Paris, 14. September. (Trkf. Ztg.) Einige Blätter geben das in politischen Kreisen bereits schon seit einigen Tagen kursierende Gerücht wieder, wonach Poincaré beabsichtigt, sein Kabinett zu einem

Ministerium der nationalen Koalition zu erweitern. Wenn solche Absichten tatsächlich bestehen sollten, so dürfte das in erster Linie auf die wachsende Gegnerschaft zurückzuführen sein, die Poincaré nicht nur auf der Linken, sondern seit dem 31. August auch von der französischen Schwereindustrie gemacht wird.

Ruhe an der Börse.

Allgemeine Zurückhaltung. — Ein Dollar 1560 Mark. Am hiesigen Devisenmarkt ist das Geschäft fast völlig zum Stillstand gekommen. Die Spekulation zeigt im Hinblick auf die Möglichkeit eines Kompromisses in der deutsch-belgischen Moratoriumsfrage weitgehende Zurückhaltung.

An den Effektenmärkten herrscht ebenfalls allgemeine Lustlosigkeit. Die mittleren und kleineren Banken haben sich zum Teil durch Aufnahme von Krediten im Auslande gegen die für den kommenden Ultimo zu erwartende Geldlemme gerüstet.

Am Wertpapiermarkt finden einige Käufe für ausländische Rechnung statt, insbesondere scheint am Montanmarkt französisches und holländisches Kapital die günstige Gelegenheit zu benutzen, um sich einen stärkeren Einfluß zu sichern.

An den übrigen Märkten ist das Geschäft sehr still.

(wie es die sozialistische Fraktion des Reichstages z. B. in einem Initiativvertrag betreffs Abänderung des § 1568 tut), der eine Scheidung auf Antrag der beiden Ehegatten zuläßt.

Bedenken gegen eine derartige Erweiterung des Ehecheidungsrechts vom formaljuristischen Standpunkt aus sind kaum zu erheben. Auf welche Abwege eine übertriebene formaljuristische Logik führen kann, zeigt § 1312, der eine Ehe-Schließung zwischen einem wegen Ehebruchs geschiedenen Gatten und demjenigen, mit welchem der geschiedene Ehegatte den Ehebruch begangen hat, verbietet, wenn in dem Scheidungsurteil dieser Ehebruch als Grund der Scheidung festgestellt ist. Um einer obstruieren, ganz auf formales Denken eingestellten Logik willen wird hier die Wiedergutmachung eines durch den Richterspruch zum Verbrechen gekempelten Vorganges verhindert, während nach dem gefunden Menschenverstand gerade diese Lösung begünstigt werden müßte. Allerdings muß zugegeben werden, daß eine eventuelle Reform in Form einer Frage komplizieren kann. Hier formaljuristisch Recht zu schaffen, ist allerdings schwierig und bedarf sorgfältiger Vorbeugungsmassnahmen, wie es z. B. die Festsetzung eines bestimmten Termins ist, vor dessen Ablauf der geschiedene Teil eine neue Ehe nicht eingehen darf. Aber gerade diese Bestimmung führt in dem vorliegenden Fall nur zu oft zu einem Unrecht dem Nachkommen gegenüber, ganz abgesehen davon, daß sie meist neue richterliche Entscheidungen höchst verwickelter Natur nötig macht und oft mehr als ein Gericht in Anspruch nimmt. Auch hier, wie in der Frage der überkommenen Kinder würde eine bedeutende Erleichterung für alle Teile eintreten, wenn man die freie Vereinbarung als rechtfertigende Quelle zum Ausgangspunkt nähme und auf die umständlichen Gesetzesparagrafen erst dann zurückgriffe, wenn diese nicht zu erreichen ist. Insofern wäre eine Umstellung in der Frage des Ehecheidungsrechts selbst vom Standpunkt des Juristen zu begrüßen.

Wenn man in bürgerlichen Kreisen trotzdem einer Reform des Eherechts mit äußerster Zurückhaltung gegenübersteht, so ist das offenbar zum guten Teil in einer gesellschaftlichen Vereinigenommenheit begründet, deren Quellen weiter oben kurz gekennzeichnet wurden. Vom ethischen Standpunkt aus ist ein Widerstand kaum zu verstehen, es sei denn, daß man befürchtet, eine Erleichterung des Scheidungsrechts könne Männlein und Weiblein in heißen Scharen der schiedsrichterlichen Weisheit zuführen. Das hieße nicht gerade groß von unserem heutigen Geschlecht denken und letzten Endes offene Wunden mit Lumpen bedecken, die nicht gerade hygienisch sind. Außerdem sei diesen Bedenken gegenübergestellt, daß selbst das Allgemeine preussische Landrecht vom Jahre 1794 gegenseitige Einwilligung und unüberwindliche Abneigung als Scheidungsgrund bis weit ins neunzehnte Jahrhundert hinein zuließ, ohne daß die sittliche Welt zusammenbrach oder der Aufstieg Deutschlands Hemmungen erlitt.

## Berlin und die Einigung.

### Aus der Generalversammlung der U.S.P.

Ueber die Generalversammlung der Bezirksorganisation Groß-Berlin der U.S.P. gibt die „Freiheit“ einen ausführlichen Bericht. Danach sprachen für die Einigung Krille, Crispian, Lehner, Henke und Hilferding; gegen sie Kurt Rosenfeld, Beckerle, Schünemann und Theodor Liebnecht. Rosenfeld erklärte, die Unabhängigen würden in der vereinigten Partei eine hoffnungslose Minderheit sein. Das Einigungsprogramm ohne Geist von Görlitz und Schwelge sich über die Koalitionspolitik aus. Die Vereinigung bedeute tatsächlich den Eintritt in die alte Partei, deren Führer mit jeder Opposition fertig zu werden wüßten. Schließlich erklärte Rosenfeld unter stürmischer Heiterkeit: „Ich bin nicht gegen die Einigung, sie ist vielmehr eine Notwendigkeit!“ Aber in die Einigung müßten auch die Kommunisten einbezogen werden, die jetzt noch nicht einigungsreif seien, und darum müßte man eben noch warten. In ähnlichen Gedankengängen bewegten sich die Ausführungen der übrigen Oppositionsredner. Liebnecht erklärte: „Wir werden den Kampf führen, um die U.S.P. aufrechtzuerhalten.“

Gegen sie sprach unter stürmischem Beifall Crispian, der ausführt, daß die Zersplitterung der Arbeiter der beste Bundesgenosse des Kapitalismus sei. Hilferding machte dann einige interessante Ausführungen über Koalitionspolitik:

In Oesterreich sind unsere Genossen nach Schaffung der mit Proletariern durchsetzten Armee aus der Regierung ausgeschlossen, weil sie glaubten, die Koalition nicht mehr verantworten zu können. Jetzt müßten sie wieder hinein, um Schlimmeres zu verhindern, und müssen nun erleben, daß der reaktionäre Bundeskanzler Seipel zu ihnen sagt: Ich brauche euch nicht mehr. Er hat offen ausgesprochen, daß er gegen die Machtgelüste der Sozialisten gedenke, die Orientierungsmärkte zu Hilfe rufen würde. In Italien ist die sozialistische Partei fast vollständig zerfallen worden, obwohl man dort keine Koalitionspolitik getrieben hat. Der übertriebene Kapitalismus hat dort die Sozialisten groß werden lassen, die jetzt ausfallgebend die innere Politik Italiens beherrschen. Entweder, wir machen Sektenspolitik mit einem schönen revolutionären Programm, ohne die Möglichkeit zu haben, es in die Tat umzusetzen, oder aber wir müssen heraus aus der Zersplitterung und Zersplitterung, um zur Wachtumsphase zu kommen.

Die Verammlung entschied sich zum Schluß, wie schon gemeldet, mit überwältigender Mehrheit für die Einigung.

## Kassandra und Jeremiaß.

Von den Folgen der Einigung entwickelt in der „Freiheit“ Beckerle folgendes schaurige Zukunftsbild:

„Durch die Koalition begibt sich also eine Arbeiterpartei ihrer Kampffreiheit. Sie wird wie ein Prometheus an einen Felsen gefesselt und muß es wehrlos ertragen, daß die Bourgeoisie täglich Stück um Stück von ihrem Leibe zerrt. In der Koalition ist das Proletariat ein der Locken beraubter Simon, der für die Philister in der Dalmühle treten muß, ein in Sklavendienste verbannter Herkules, der, seine unbändige Kraft vergebend, in Weiberröcke gehüllt, sich dazu zwingen läßt, Wolle für seine Bedränger zu spinnen.“

## Die große Rechte.

### Düringers Ideal.

Der von den Deutschnationalen zur Volkspartei übergetretene Reichstagsabgeordnete Prof. Düringer veröffentlicht in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ eine Erklärung, in der er mittelst, der badische Landesvorstand der Deutschnationalen habe ihn am 31. Juli einstimmig gebeten, alsbald wieder der deutschnationalen Reichstagsfraktion beizutreten. Der Umschlag der Stimmung gegen ihn sei erst später erfolgt. Düringer erklärt dann weiter:

Die Deutschnationale Parteileitung hat mir das Verbleiben in der Partei durch ihr Borgehen gegen mich unmöglich gemacht und mich zu meinem Uebertret der Deutschen Volkspartei veranlaßt. Da auch diese Partei unter den heutigen Verhältnissen eine Rechtspartei ist und sich von der deutschnationalen vielfach nur durch eine andere Taktik unterscheidet, hoffe ich, meine auf dem Boden christlicher und nationaler Gesinnung stehenden politischen Grundzüge auch in ihr betätigen zu können. Die Vereinigung der beiden Rechtsparteien zu einer großen Rechte, sei es durch Verschmelzung, sei es durch Arbeitsgemeinschaft, war schon seit Jahren mein Ideal. Sie scheiterte immer gerade an den Elementen, die auch jetzt meinen Austritt aus der Deutschnationalen Partei verurteilt haben.

Wir wünschen dem Ideal des Herrn Düringer schnellste Bewirkung, da wir von ihr eine Klärung der ganzen politischen Lage erhoffen.

## Verurteilung eines Serienverleumders.

Magdeburg, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Antisemit Hans Dienrodt, Herausgeber der deutsch-politischen „Mitteldeutschen Presse“, stand wieder einmal vor dem Stahlfurter Schöffengericht und zwar hatte er sich gleichzeitig in drei Verleumdungsprozessen zu verantworten. Wegen öffentlicher Verleumdung des ersten Bürgermeisters Dr. Berger-Stahlfurt, erhielt er vier Monate Gefängnis. Die zweite Anklage, die ihm Verleumdung des Kreisverwaltungsbeamten Otto Hampel-Stahlfurt vorwarf, endete mit einer Verurteilung zu 500 M. Geldstrafe. Dienrodt hatte in den betreffenden Artikeln dem Vertrauensmann Unterschlöpfung von Arbeitergroßen, Schlämperei und ähnliches mehr vorgeworfen. Die dritte Anklage hatte der

jüdische Kaufmann Joseph gegen Dienrodt angestrengt. Dem Privatkläger Joseph, der als Kriegsfreiwilliger eintrat und der bei den unheimlichen Kämpfen an der Borettohöhe mit einem kleinen Rest seiner Kompanie in französische Gefangenschaft geriet, wurde in verletzter Form der Vorwurf der Feigheit, Verleumdung des Offizierskorps und ähnliches angehängt. Das Urteil lautete in diesem Falle auf drei Monate Gefängnis.

## Deutschösterreichs Selbständigkeit.

### Wenden die Großen abseits, helfen die Kleinen.

Wien, 14. September. (MTB.) Nach dem Bericht des Bundeskanzlers über die Verhandlungen in Genf und der anschließenden Aussprache hat der Auswärtige Ausschuss des Nationalrats folgenden Beschluß gefaßt: Der Ausschuss erinnert daran, daß er es am 31. August für die oberste Aufgabe der auswärtigen Politik erklärt hat, die Selbständigkeit der Republik zu wahren. Diesem Grundsatze entsprechend erklärt es der Ausschuss für unerlässlich, daß die vom Bundeskanzler gestellten Bedingungen für die Zulässigkeit einer internationalen Finanzkontrolle genau eingehalten werden, und daß sich die Kontrolle nur auf die Einhaltung der in den Verträgen festgelegten Bedingungen beschränkt, die über die zu gewöhnliche Auslandshilfe abzuschließen sein werden. Indem der Ausschuss dem Bundeskanzler das Vertrauen ausspricht, nimmt er seine Erklärungen zustimmend zur Kenntnis. Für den ersten Satz des Antrags stimmten auch die Sozialdemokraten.

Bundeskanzler Dr. Seipel erklärte in seinem Bericht, er habe bei allen Besprechungen feststellen können, daß eine Verschleppung der österreichischen Angelegenheit allgemein als schwerer politischer Fehler betrachtet würde. Doch der Bundeskanzler die Mitscheidung der Mächte und des ausländischen Finanzkapitals an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, unter denen Oesterreich leide, sehr betonte und sogar erklärte, das Ausland habe die österreichische Selbsthilfe sabotiert (in bester Absicht allerdings, sagte Dr. Seipel in Genf, Red.), wurde ihm von den ersten Männern, die die Wahrheit hören wollten, nicht verübelt. Auch die Vollversammlung des Völkerbundes habe dem österreichischen Problem eine nicht gewöhnliche Aufmerksamkeit geschenkt. Besonderer Dank gebühre dem schweizerischen Bundesrat Rotta für seinen warmherzigen Appell zugunsten Oesterreichs. Das vielleicht wichtigste Ergebnis, das er bereits auf seiner Informationsreise vorbereitet habe, sei, daß einige Mächte bereits entschlossen und gerüstet sind, nötigenfalls auch allein zu einer kleineren Gruppe verbunden, die niemanden ausschließt, auch nicht den Beitritt aller zur Bedingung des eigenen Handelns macht, die erforderlichen Staatsgarantien zu leisten und zugleich die Bankiers ihrer Länder zu veranlassen, daß sie bei der Kreditgewährung vorangehen. Die Tschechoslowakei, die in diesem Falle auch Jugoslawien vertritt, und Italien hätten sich zu diesem Entschluß schon bereit gefunden, und die Schweiz habe am Montag eine Bundesratslösung vollständig dem österreichischen Problem gewidmet. Sobald die Verhandlungen des vom Völkerbund eingesetzten österreichischen Ausschusses, besonders in der Frage der Bedingungen für die zu gewöhnliche Hilfe und in der Erörterung der verschiedenen Möglichkeiten für die zu fordernde Finanzkontrolle genügend weit fortgeschritten sein werden, werde es Sache Oesterreichs sein, die einzelnen Mächte vor die konkrete Frage zu stellen, ob und wie weit sie sich Oesterreich gegenüber verpflichten können und wollen. Unmittelbar darauf werden die engeren Kreise, die zur Teilnahme an der Aktion zugunsten Oesterreichs bereit sind, zusammentreten müssen; mit denen werde Oesterreich dann seine Verträge abzuschließen haben.

Reichseinpruch belanglos. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete hat von der internationalen Rheinlandkommission folgenden Bescheid erhalten: Die Rheinlandkommission hat von Ihrem Schreiben vom 5. September, mit dem Sie gegen das vierjährige Verbot der „Aöln. Zig.“ Einspruch und eine Beschwerde des Herausgebers dieses Blattes überreicht haben, Kenntnis genommen. Sie hat beschloffen, ihnen mitzuteilen, daß ihr kein neuer Grund vorzuliegen scheint, ihre erste Entscheidung zurückzunehmen.

Senator Lodge, der bekannte Führer der republikanischen Partei, ist in Boston wiedergewählt.

Frieden in Irland? De Valera hatte eine Beizprechung mit dem Regierungs-General Mulcahy, der freilich vollständige Waffenstreckung der Rebellen forderte.

## Junges Frankreich im Deutschen Theater.

### „Der Schattenspieler“ von Jean Sarment.

Es ist gut, daß wir die zärtlichen Franzosen (sagen, die nicht die Lebemannschweinerel ohne Zoll an geistige Behörden außer Landes schiden, sondern mit einer lobenswerten Schwärmerel das innigere Leben des Mannes und der Frau überdenken. Die Franzosen sind auch drüben nicht mehr beliebt. Also gingen die Dichter geradeaus zu dem stilleren Herzen. Die erfreuliche Tatsache, daß im jungen Frankreich Ideal, Heimatlust und Dramatik ohne Bar, Boudoir und Borsell zu anfänglichen Ruhe kommen, ist festzustellen. Nur fehlt den neuen Dramatikern die Übung im Gestalten derartig lauter Probleme. Das Theater der Herren Vidrac, Dumas und Sarment, die alle Akte des nämlichen Anschauungskreises sind, leidet an der nämlichen Wirbelloshheit. Sie wollen die alten Bühnentechniken der Dumas, Sardou und Augier nicht lernen. Sie vernachlässigen Technik und Training. Das Dichterische liegt, das sich vertrauen dem Gemüte hingibt. Natürlich ist das Schöne bei solcher Stimmung nicht immer zu unterdrücken. George Sand, die geniale Urtante der Maritai, wird unsterblicher, als sie jemals war.

Demnach ist bei Sarment als glaubhaft der echt romantische Satz hinzunehmen, daß der Mensch durch Liebe verrückt wird. Aphelien Schälal steht den Boetenjüngling von 1922 an, der in der Leihung seines Verstandes alles Vergangene vergißt. Er ist nur am Bock und angeht nach den dunkel schillernden Fischen. Bis ihm Nell wieder begegnet, die ihn einst gequält und krank gemacht hat. Schon liebt er sie neu, schon gefunden er neu, da erwacht das ausgelöschte Gedächtnis auch neu. Der Kranke ahnt wieder alle einsige Dual als künstliche Morter. Zumal, da der seltsame Bruder die irdische Nell ebenfalls umstellen wird. Und der Boet, der ein Fischer im dunklen, im trübsten, im symbolisch kindlich übertriebenen Element war, wirft sich in die Tiefe des Todes.

Das sind leichte Dinge, allzu leicht, wenig bewegte. Sie sind nur wertvoll umrahmt durch die Mutterarmut der Frau, der diese beiden Söhne gehören, und durch die bischöfliche Eminenz, die beinahe ehemals dem Tonmesser entschlüpft und in die Liebe der Mutter eingewandert wäre. Das Stück ist sehr reich an Stufungen des Gefühls. Nur entlarvt sich überall das Unheimliche dieser lieben Geschwisterliebe durch eine Häufung der psychologischen Fragen.

So möchte der Schauspieler naturalistisch farbiger machen, was bald in Eintönigkeit verfällt. Fräulein Hambach, Herr Mederow und Herr Brausewetter, gequält vom Regisseur Bernhard Reich, scheitern an dieser Aufgabe. Sie gewinnen dem Drama nur günstige Momente ab, sie halten nicht durch mit Mannigfaltigkeit der Modulation der Geste. Allein Herr Günther und Frau Ensolb, der Bischof und die Mutter, bringen ihre Bühnenseligkeit in Einklang mit ihrer glücklichen Komödiantenveranlagung. Zunächst zaudert Frau Ensolb. Soll solches Stück naturalistisch oder stillierend verkörpert werden? Dann hilft ihr die von vielen Mitteln getragene Erfahrung, die Dichtung durch Einfälle reiner, doch höchst gefälliger Schauspieler zu bereichern. Durch Bedachtsamkeit und aufgefälltes, fast weltliches Abbatentum hatte Herr Günther zu bestehen. Er tat es sehr formvoll. Nur hätte er sich zum Schluß beinahe in geistliche Grandezza verlaufen.

„Philhellenismus“. Fast hundert Jahre sind es her, daß Europa vom Taumel der Griechenbegeisterung erfasst wurde. Als die Freiheitskämpfe in Spanien und Italien in eine lebende Reaktion veranderten, blieb Griechenland die einzige Hoffnung aller derer, die sich gegen die Resultate des Wiener Kongresses innerlich empörten. Es war eine seltsame Mischung von Stimmungen und Ideen, die in dem Kampfe der Griechen gegen die türkische Herrschaft ihre Resonanz suchte. Man glaubte — wenige Jahrzehnte nach der Reueinbedung des alten Hellas durch Windelmann und Goethe — die alten Helden Athilas und Spartias zu sehen, die sich einst gegen den persischen Imperialismus zu Wehr setzten. Dann glaubte man die christliche Idee gegen den Islam miivorteidigen zu müssen. Eine kriegerische Jahresreise überkam Europa. Von den politischen und wirtschaftlichen Problemen, die diese Südostseite Europas zu einem Brandherde machen sollten, an dem sich heute neu die Kriegsfackeln entzündeten, wußten diese unpolitischen politischen Dichter kaum etwas.

Weber der Herr Minister von Goethe, der „Epirotische“ Heldenlieder übersehte, noch Wilhelm Müller, der als der Hauptkämpfer des „Philhellenismus“ bekannt ist, und noch weniger alle die hundert anderen Literaten und Dilettanten, die die deutschen Zeitschriften und Zeitungen mit ihren „Griechenliedern“ überschwemmten. Auch nicht der geistig weitläufige bedeutende der Griechendichter, der mit seiner Begeisterung sogar Ernst machte und sich auf den griechisch-türkischen Kriegshauptplatz begab: Lord Byron, dem die Luft in England zu stinkig wurde. Byron starb, nicht im Kampfe selbst; ein Fieber tötete ihn 1824 im belagerten Missoloungi. Byron war der Führer des englischen Hellenismus. Mit der politischen Haltung eines Staates, aber den er im tiefsten Innern haßte, hatte Byron nichts zu tun. Die Politik Englands kam von ganz anderen Motiven aus, dazu, die Griechen gegen die Türken zu unterstützen. Canning, der Schüler Pitts, der seit 1822 die Außenpolitik Englands leitete und im Grunde für eine europäische Nichtmischungspolitik schwärmte, wurde durch Rußlands und Frankreichs Vorgehen gezwungen, in Griechenland mit zu intervenieren. Die Entwicklung ist bekannt. Fast durch einen Zufall kam es 1827 bei Navarino zur Seeschlacht zwischen der türkisch-ägyptischen und der vereinigten englisch-russisch-französischen Flotte. Die Folge war der Londoner Vertrag vom Jahre 1827 und das Londoner Protokoll vom Jahre 1830, das Griechenland für einen selbständigen Staat erklärte. Canning aber verfolgte damals schon die Politik, die England auch heute noch innehat, wobei es jetzt eine böse Schlappe gegenüber Frankreich erhalten hat: Griechenland auf einem Zustand zu halten, der es weder leben noch sterben läßt, und dieser ganze Vertrag, der mit vielen Klauseln — wie auch der spätere Londoner Vertrag von 1863 — dem griechischen Volke überflüssige und verformungsbedürftige europäische Fürstentümer aufstrotzte, war nichts als eine Rakete, hinter der die englischen, russischen und französischen Imperialisten ihre wahren Absichten verbargen.

„Maria Stuart“ im Staatstheater. Jede neue Zeit sieht das nationale Erbe der klassischen Literatur mit neuen Augen an. Unser Staatstheater tut daher gut daran, seine Klassikeraufführungen aufzuräumen — szenisch und darstellerisch. Schillers Drama der beiden Königinnen und Frauen war als erstes in der beginnenden Saison dazu aufzuführen; zugleich wurde damit Gelegenheit geboten, ein

paar neue Kräfte vorzustellen. Der Regisseur Dr. Brud gab dem Geschichts-drama, was ihm immer noch gebührt — ohne peinliche Reinerlei, in einer auf Einfachheit und Raumwirkung gestellten Inszenierung. Das Menschliche aber wurde bewußt herorgehoben. Mit besonderer Note in der Elisabeth, mit der Gerda Müller (vom Stadttheater in Frankfurt) sich einführte. Ihre Königin ist aus dem Geschlecht der Strindberg-Frauen. Mit dem brandroten Haar, den feinen Gliedern, dem nervös durchsuchten Gesicht, mit der hysterie unterdrückt und eisener Leidenhaftigkeit gibt sie der Gestalt eine höchst interessante Prägung. Auch die beiden andern aus Frankfurt Geholten: Herr Ebert, der (früher bei Reinhardt) mit schönem Stimmfall und prachtvollen Wärdern den Leicester verkörpert, sowie Herr Taube, der den Burleigh mit Ueberlegenheit gibt, machen guten Eindruck. Maria Stuart ist Frau Hofner. Als Leidend-Verklärte, (beinahe) Heilige des Schlußaktes ist sie von jartester Würde. Der Ausdruck der Leidenschaft in der Garienszene zeugt von kraftvoller Ausdrucksfähigkeit. Der Eindruck der ersten Neuenstudierung bewies erneut, daß unter Sehners Leitung mit Eifer und Erfolg gearbeitet wird. Die Zuschauer riefen die Hauptdarsteller, besonders Frau Müller immer wieder.

Die internationale geistige Zusammenarbeit. In der Mittwoch-Sitzung des Völkerbundesrates, in der der Bericht des internationalen Ausschusses für geistige Zusammenarbeit entgegengenommen wurde, hielt der Präsident dieses Ausschusses, der französische Philosoph Henry Bergson eine Rede über die Ziele und Arbeiten dieser neuen Völkerverbändeorganisation. Er richtete einen dringenden Appell zur Bänderung der Not der geistigen Arbeiter in Oesterreich an den Rat und wies auch im allgemeinen auf die Notlage der geistigen Arbeiter hin. Er betonte die Notwendigkeit engerer Zusammenarbeit der großen wissenschaftlichen Körperschaften und regte an, daß der Völkerbund eine vollständige Weltbibliothek zur Unterstützung der Forschung sowie eine internationale Darlehens- und Kreditkasse für geistige Arbeiter gründen solle. In einer längeren Erweiterung an Bergson erinnerte Balfour u. a. daran, daß nicht nur in Oesterreich, sondern auch in Deutschland die Not der geistigen Arbeiter sehr ernst sei, und machte auf Einwände finanzieller Art aufmerksam, die sicher gegen neue Projekte erhoben werden würden.

Die wohlwollenden Reden werden leider weder der Wissenschaft noch den geistigen Arbeitern in Oesterreich nützen. Solange die große Politik nicht eine Kodikatur verordnet, wird das kulturelle Elend weiter wachsen.

Das Moskauer Kaiser-Theater, das anzelt eine Weltreise durch Europa und Amerika unternimmt, beginnt sein Berliner Gesamtkonzert unter Leitung von A. Stanislavsky und B. Nemirovitch-Danchenko am 20. d. Mts. im Lening-Theater mit der Aufführung von Wexel Tolstols Drama „Der Feodor Kompanomitsch“. Ferner gelangen zur Aufführung: Tschichow „Drei Schwestern“ und „Der Kirchgarten“, sowie Gorkis „Nachts“.

Die Berliner Segeßion hat ihre Räume für die Winterferien an die russisch-deutsche Kammermusik-Bühne „Kamisch“ vermietet. Das Gebäude der Segeßion ist vollkommen umgebaut worden. Der große Oberkassal ist nunmehr ein Theateraal mit einer modern eingerichteten kleinen Bühne. Die architektonische Einrichtung wurde von J. Kaschis geschaffen, die malerische Ausstattung von Paul Scheurich.

## Oberleutnant Anfermann in Mecklenburg.

Schwerin (Mecklenburg), 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Das hiesige Ministerium gibt bekannt, daß der flüchtige Attentäter auf Harden, der Oberleutnant Anfermann, nach zuverlässigen Berliner Informationen sich in Mecklenburg auf einem Gute bei Wismar versteckt habe und veröffentlicht jetzt zwecks Dingestimmung das Signalement.

## Neuer Balkankrieg?

Ob die Orientkonferenz zur „Lösung“ der Türkenfrage zustandekommt, ist noch ganz ungewiß; Italien bemüht sich darum, Frankreich soll England die beruhigende Versicherung geben wollen, daß es in der Meerengenfrage den englischen Standpunkt teile, d. h. Konstantinopel nicht den Türken zurückgegeben werden soll. Wie wenig die alte Hauptstadt heute, trotzdem ein Sultan und ein Großwesir dort wohnen, türkisch im politischen Sinne ist, zeigt die Tatsache, daß weder Sultan noch Stambulregierung die Kemalisten begünstigen haben, während die ganze islamische Welt vom Siegesjubel widerhallt.

Die Kemalisten haben es natürlich gar nicht eilig, an den Konferenzen teilzunehmen, an dem sie die Diktatmächte von Sèvres wiederfinden sollen. Sie lassen Griechenland auf die Beantwortung seines Waffenstillstandes warten. Schon melden englische Blätter, daß Großbritannien den Türken ein Stück Thrazien, wenn auch nicht Adrianopel geben wolle. Diese Aussicht beunruhigt aber Serbien, während die mazedonischen Bulgaren Morgenluft wittern, wie die Meldung von einem Angriff bulgarischer Komitasschis auf griechische Truppen zeigt. Unter Umständen könnten die Reste der griechischen Armee in Thrazien zwischen zwei Feuer kommen, wobei das kemalistische zum Teil auch aus englischen Rohren käme. Südslawien und Rumänien sollen Griechenland ihres Bestandes in einem neuen Balkankrieg versichert haben. Wie britische Waffenhändler Kemal beliefert haben, so verbreitet auch Reuter die für die Griechen belastendsten Berichte über ihre Greuelthaten auf dem Rückzug. Die Griechenfreundlichkeit der englischen Politiker ist also nicht lückenlos durchgehend. Aus Smyrna meldet Reuter ausgleichend türkische Blünderungen.

Auch die kleinasiatische Frage soll Lloyd George dem Völkerbund überweisen, die Fragen der Meerengen, Ostthraziens und eines bulgarischen Ausganges ans Ägäische Meer aber den Unterzeichnern des Sevres-Diktats vorbehalten wollen.

Mohamedanische Mitglieder des indischen Staatsrates und der gesetzgebenden Versammlung haben ein Telegramm an Lloyd George und den Vizekönig geschickt, in dem sie dringend ersuchen, die augenblickliche Gelegenheit zu benutzen, „um eine Vereinigung zwischen dem britischen Reich und der mohamedanischen Welt zustande zu bringen.“ Sie hielten es für wesentlich, daß Thrazien einschließlich Adrianopels, Konstantinopels und der Meerengen dem türkischen Reich zurückgegeben werde.

Der Teil der griechischen Armee, der auf der Halbinsel Teschme noch Widerstand zu leisten versuchte, hat sich den Türken ergeben. Das Gros der türkischen Armee ist mit Mustafa Kemal Pascha an der Spitze in Smyrna eingerückt. Konstantins alter Feind Venizelos ist jetzt in Paris. In der Schweiz glaubt man Herrn Konstantin bald wiederzusehen.

## Der teure Völkerbund.

Genf, 14. September. (WTB.) Die erste Kommission der Völkerbundesversammlung (Verfassungs- und Rechtsfragen) beriet gestern über die Verteilung der Völkerbundkosten auf die Mitglieder. Von skandinavischer und südamerikanischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Beiträge angesichts der allgemeinen Wirtschaftslage für zahlreiche Mitglieder viel zu hoch seien; auch bei der neuen Verteilung würden die Parlamente bei der Bewilligung Schwierigkeiten machen. Lord Balfour versuchte, die dabei geltend gemachten Einwände zu entkräften; die Delegationen müßten doch daheim mit aller Wärme für die Bewilligung eintreten. — England hat dem Völkerbund zur Seuchendeckung 100 000 Pfund Sterling zur Verfügung gestellt unter der Bedingung, daß die doppelte Summe von den anderen Regierungen aufgebracht werde. — Der 4. Ausschuß (Finanzen und Haushalt) beschloß die Herabsetzung der Entschädigung für die Richter und Beisitzer am Internationalen Ständigen Gerichtshof.

## Die freie Schule in Wien.

Wien, 14. September. (WTB.) Das Unterrichtsministerium hat dem Einspruch des erzbischöflichen Ordinariats in Wien gegen die Verfügung des Wiener Stadtschulrats über die religiösen Übungen, die Aufhebung des konfessionellen Schulunterrichts ufm. ausschließende Wirkung zuerkannt. Es bleibt daher bis zur endgültigen Entscheidung bei der bisher üblichen Art der Durchführung der religiösen Übungen.

Da es im ganzen alten Oesterreich konfessionelle Schulen nur als Privatunternehmungen und vereinzelt gegeben hat, wird es sich hier um die Abschaffung des gemeinlichen und obligatorischen Konfessionsunterrichts handeln. Entsprechend dem sozialdemokratischen Programm dürfte der Stadtschulrat beschloffen haben, daß es Pflicht der Eltern sei, ihre Kinder Religion lernen zu lassen und Sache der Glaubensgenossenschaften, nicht nur (wie bisher) die Religionslehrer zu stellen, sondern auch sie zu besolden. Und besonders das letztere wird der Kirche unerwünscht sein.

## Devisenkurse.

	14. September		13. September	
	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Geld) Kurs	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Geld) Kurs
100 holländische Gulden	59925.10	59974.90	61922.50	62077.50
1 argentinischer Papier-Peso	551.80	553.20	571.77 1/2	573.22 1/2
100 belgische Franc	11011.90	11038.80	11485.60	11514.40
100 norwegische Kronen	25717.80	25782.20	26541.75	26608.25
100 dänische Kronen	32709.05	32709.05	33957.50	34042.50
100 schwedische Kronen	40848.85	40951.15	42247.10	42352.90
100 finnische Mark	8405.70	8414.30	7081.10	7098.90
1 japanischer Yen	—	—	789.—	771.—
100 italienische Lire	9441.90	9458.10	6768.50	6788.50
1 Pfund Sterling	8841.40	8858.60	7081.10	7098.90
1 Dollar	1583.05	1586.95	1598.—	1602.—
100 französische Franc	—	—	12159.75	12190.25
1 brasilianischer Milreis	—	—	212.23	—
100 Schweizer Franc	—	—	80087.80	80162.70
100 spanische Pesetas	—	—	24469.35	24580.65
100 österr. Kronen (abgesch.)	1.08	2.02	2.03	2.07
100 tschechische Kronen	5193.50	5206.50	5293.25	5306.25
100 ungarische Kronen	60.42	60.58	62.92	63.08
100 bulgarische Lewa	928.80	931.20	998.75	1001.25

## Der Zoo schließt!

Die Befürchtung, daß unser Zoo am 1. Oktober wegen Geldmangels seine Pforten während der Winterzeit schließen müsse, ist eingetreten. Sämtliche Verhandlungen, die geführt wurden, um die Schließung dieser Kulturstätte zu verhindern, haben nicht genützt. Eine Magistratskommission, unter Führung des Bürgermeisters Ritter, verhandelte mit Vertretern des Zoo. Nach Durchsicht der Finanzbelege erklärte die Kommission, daß man keine Mittel zur Verfügung stellen könne, um das Defizit von 4 bis 5 Millionen Mark zu decken. Auch die Staatsregierung glaubt, sich dieser Anfechtung anschließen zu müssen. Ein Trost bleibt uns nur, und das ist die Meldung, daß das Aquarium im Winter noch wie vor offen bleibt. Die Schulkinder werden diese Meldung mit Freuden entgegennehmen.

Es bleibt eine tief bedauerliche und beschämende Tatsache, daß ein gemeinnütziges Institut, das nun schon mehr als ein halbes Jahrhundert besteht und der Stolz der Berliner Bevölkerung war, seine Pforten schließen muß. Sollte Staat und Kommunalbehörden wirklich nicht in der Lage sein, den im Hinblick auf die Entwertung der Mark geringen Beitrag aufzubringen, um dieses Kulturinstitut zu erhalten?

In der letzten Stadtverordnetenversammlung ist beschlossen worden, die in den Haushaltsentwürfen von 1920 und 1921 eingeführten Beihilfen von je 200 000 M. — zusammen 400 000 M. — für den Zoo jetzt, nach Bekanntwerden des Abschusses von 1921, auszugleichen.

## Kokain und Morphiumspreisen.

### Die Lasterhöhle in der Ansbacher Straße.

Ein trübes Sittenbild zeigte eine Verhandlung vor der Ferienkammer des Landgerichts III, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt wurde. Wegen schwerer Rupperei hatte sich die geschiedene Frau eines Professors, Marie Nordmeyer, und mit ihr ihre Tochter Gertrud zu verantworten.

Nach der Ehescheidung von ihrem Manne hatte Frau Nordmeyer ein mehr als zweifelhaftes Leben geführt und mit ihrer Tochter bestimmte Lokale aufgesucht, wo sie Herrenbesuchungen suchten. Die eingekerkerten Kanakitere wurden dann nach der hochgelegenen Wohnung in der Ansbacher Straße gebeten, die eine Lasterhöhle schlimmster und modernster Art darstellte. Die Gesellschaft, die man dort pflegte, war eigener Art, und um auch den weitestgehenden Ansprüchen einer „verwöhnten“ Kundenschaft entsprechen zu können, gab es neben Kokain auch Morphiumspreisen. Bekannte junge Lebemannern, Schieber und Ausländer fanden dort alles, was ihr Herz begehrte. Schließlich kam die Kriminalpolizei dahinter und hob eines Abends den lauberen Betrieb aus. Ein Teil der dabei betroffenen Herren besand sich infolge des starken Kokaingenußes in einem derart „verkokten“ Zustande, daß diese Kanakitere weder stehen, geschweige denn gehen konnten. Weitere Ermittlungen ergaben, daß die Frau Professor sogar ihre eigene Tochter an ihre Kundenschaft verpuppelt hatte. Das Gericht verurteilte die Angeklagte Nordmeyer zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und ihre Tochter Gertrud zu 4 Monaten mit einer Bewährungsfrist.

## Wahnsinnstat einer jungen Mutter.

Die 20 Jahre alte Frau Marie Weihenberger aus der Hauptstr. 4 zu Nichtenberg war seit einiger Zeit schwer erkrankt. Sie ähnelte wiederholt, daß sie sich das Leben nehmen und ihr 5 Monate altes Kind mit in den Tod nehmen wolle. Als der Ehemann vorgestern nach Hause kam, fand er die Wohnung verriegelt. Da ihm nicht geöffnet wurde, ließ er sie in banger Ähnung gewaltsam öffnen. Seine Frau war verblüht, das kleine Kind lag tot in seinem Bettchen. Würgemale am Hals zeigten, daß es gewaltsam getötet worden ist. Die kranke Frau ist in Grünheide ausgehoben worden. Sie lag dort planlos umher. Die sich bei der Vernehmung herausstellte, hat die Frau tatsächlich infolge ihres Schwermutes den Verstand verloren. Wie der Ehemann, der bei seiner Rückkehr das tote Kind vordrängte, sagte, hatte seine Frau schon wiederholt versucht, ihn zu bestimmen, gemeinsam mit ihr und dem Kinde aus dem Leben zu scheiden. Frau Weihenberger ist ein Opfer der Zeit geworden, da sie glaubte, unter den heutigen Verhältnissen doch nicht länger leben zu können.

## „Frau Dr. Bachmann.“

Eine im Besten Berlins, besonders aber in der Lebewelt und in Spielereisen unter dem Namen Frau Dr. Bachmann sehr bekannte „Dame“ wurde von der Kriminalpolizei als gewerbmäßige Vabendiebin entlarvt und gefangenommen. Es handelt sich um ein 31 Jahre altes Fräulein Gerda Dehne, das in der Bülowstraße 46 eine elegant eingerichtete Wohnung inne hatte. Die Schwindlerin, die Mutter zweier unmündiger Kinder ist, hielt sich für diese eine eigene Schwester. Im Hause und überall, wo sie verkehrte, war sie nur unter dem Namen „Frau Dr. Bachmann“ bekannt. Sie lebte auf sehr großem Fuße und spielte in den Kreisen der Lebewelt und in Spielclubs eine bedeutende Rolle. Die Mittel hierzu verschaffte sie sich durch Vabendiebstähle in Juwelengeschäften. Sie wird schon von verschiedenen Staatsanwaltschaften so u. a. von Hamburg, Stuttgart und Schweinfurt gesucht und war schon wiederholt festgenommen worden, doch hatte die äußerst gewandte Diebin es immer wieder verstanden, durch Vortäuschung einer Krankheit auf freiem Fuß zu kommen. Auch jetzt legte sie sich auf dem Polizeipräsidium sofort wieder mit ihrem Arzt in Verbindung. Auch diesem gegenüber nannte sie sich, als sie ihn telefonisch anrief, Frau Dr. Bachmann. Zur völligen Aufklärung des ganzen Treibens der gewerbmäßigen Vabendiebin ist es dringend erwünscht, daß sich Gewährer, besonders Juweliere, die ihren Besuch empfangen haben und später feststellten, daß sie bestohlen worden sind, bei Kriminalkommissar Legimayer melden.

## Die Kennzeichnung der Waren.

Der Kolonial- und Feinwarenhändler Heinrich Kringe in Neudölln hatte im Juni d. J. noch 15 Stück 1/2-Pfund-Pakete von Eiswürfeln, deren aufgedruckter Kleinverkaufspreis 10,50 M. je Paket betrug. Da er eine neue Sendung Kalas bereits zu höherem Preise eingekauft hatte, kalkulierte er einen Durchschnittspreis von 15 M. und verkaufte die 15 Pakete zu diesem Preise, nachdem er vorher den Aufdruck entfernt hatte. Dies trug ihm eine Anklage wegen Preiswuchers und Vergehens gegen die Kennzeichnung der Waren ein, die in Noabit verhandelt wurde. Der Amtsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 1000 M. Geldstrafe und Einziehung von 50 M. Ueberpreis. Das Gericht sprach M. zwar von dem Preiswucher frei, da er berechtigt war, einen Durchschnittspreis zu nehmen, verurteilte ihn aber wegen des Vergehens gegen die Kennzeichnung der Waren zu 1000 M. Geldstrafe.

## Blieh statt Gold.

Die hohen Edelmetallepreise veranlaßten den Zahntechniker Willi Grzymacher zu einem raffinierten Schwindel, der ihm eine Anklage wegen Betruges einbrachte, die vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zur Verhandlung kam. Grzymacher bot dem Händler Siebert Abfallgold zu verhältnismäßigem Preise an und übergab ihm mehrere Stückchen, die von dem Händler durch eine vorgenommene Säureprobe auch als Gold erkannt und gekauft wurden. Später stellte es sich heraus, daß die Goldplättchen

aus hart vergoldetem Messingblech bestanden. In der Verhandlung behauptete Grzymacher, selbst getäuscht worden zu sein. Das Gericht hielt aber einen Betrag als erwiesen und verurteilte den Angeklagten, dem Antrage des Amtsanwalts gemäß, zu 1000 M. Geldstrafe.

## Behördlicher Baumschutz.

Nach dem Geheh zur Erhaltung des Baumbestandes und Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit vom 29. Juli 1922 (S. 213) hat der Magistrat von Groß-Berlin ein Verzeichnis der Baumbestände, Grünflächen und Uferwege aufzunehmen, die aus Rücksicht auf die Volksgesundheit oder aus Erhaltungsrückgründen und zur Förderung des Wanderns zu erhalten sind mit der Wirkung, daß Maßnahmen, die eine Aenderung des Bestandes der in das Verzeichnis aufgenommenen Baumbestände, Grünflächen und Wege herbeiführen, nur mit der Genehmigung des Oberpräsidenten stattfinden dürfen. Die Aufstellung eines derartigen Verzeichnisses wird voraussichtlich eine geraume Zeit beanspruchen. Um zu verhindern, daß in der Zwischenzeit eine Veränderung des Bestandes der hohen Holzpreise gefährdeten Baumbestandes stattfindet, hat der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin eine Polizeiverordnung erlassen, derzufolge Maßnahmen, die eine Aenderung des Baumbestandes der im Gebiete von Berlin befindlichen Baumbestände herbeiführen, der Genehmigung des Oberpräsidenten bedürfen. Einer solchen Genehmigung bedarf es nicht, insofern die Baumbestände in privaten Gärten bis zu 1000 Quadratmeter Größe oder an Wegen (Chaussees usw.) sich befinden, die in der Verwaltung der Stadt Berlin, des Provinzialverbandes von Brandenburg oder von Landkreisen stehen. Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden mit Haft bis zu einem Monat und mit Geldstrafe bis zu 1500 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

## Agnes Fahrenwald siebenzigjährig.

Eine von der alten Garde, die Genossin Agnes Fahrenwald, die bei der Parteilassung zu den Unabhängigen ging, vollendet heute ihr 70. Lebensjahr. Im Dienst der Arbeiterbewegung tat sie schon unter dem Sozialistengeheiß ihre Pflicht. Den Berliner Allgemeinen Arbeiterinnenverein leitete sie als Vorstehende 1891—93. Später siedelte sie nach Hamburg über, wo sie 1901—1906 in der Frauenbewegung tätig war. Nach dem Tode ihres Gatten kehrte sie nach Berlin zurück, um hier aufs neue sich eifrigster Mitarbeit in der Arbeiter- und Frauenbewegung zu widmen. 1910 wurde sie in die Stadtverordnetenversammlung gewählt, der sie noch jetzt angehört. Mit uns werden viele Tausende Genossinnen und Genossen heute der Siebenzigjährigen die herzlichsten Glückwünsche entbieten.

Der Potsdamer Platz, der als ein Hauptmarkt der männlichen Prostitution bekannt ist, sowie auch seine nähere Umgebung wurde kürzlich in den ersten Abendstunden von der Kriminalpolizei gründlich gesäubert. Ein größeres Beamteneingebot war über den ganzen Platz unauffällig verteilt. Ebenso unauffällig griffen sich die Beamten die gepuderten und geschminkten Jünglinge und die heftigen jungen Männer aus dem Menschengewühl heraus. Einzeln junge Leute, die dort auf ihre Art Verdienst suchten und schon des öfteren betroffen wurden, werden, falls eine Besserung noch möglich erscheint, zeitweise einem Arbeitshause einverleibt.

Diese Aktionen der Kriminalpolizei sind für die Zukunft häufiger geplant.

Verbesserungen im Straßenbahnverkehr. Am 15. September wird die bisher fehlende Straßenbahnverbindung von der Kantstraße und dem Bahnhof Charlottenburg nach dem Krankenhaus und dem Bahnhof Westend hergestellt, indem die Linie 80 (Sonnen- und Feiertags die Linie 81) von der Spondauer Straße bis zur Kirchenallee in Westend weitergeführt wird. Vom selben Tage ab wird die Linie 18 vom Götlicher Bahnhof über Grünauer, Neichenberger, Glogauer, Panier- und Kaiser-Friedrich-Straße in Neudölln bis zur Leipziger Straße (Ringbahnhof Kaiser-Friedrich-Straße) durchgeführt, um diesem Stadtteil von Neudölln die fehlende Straßenbahnverbindung mit dem Götlicher Bahnhof, dem Bahnhof Friedrichstraße und mit Reabit zu geben. — Näheres ist aus den Fahrplanaushängen in den Wagen ersichtlich.

Die Neuorganisation der städtischen Werke. Der Magistrat hat zur Beratung der Entwürfe für die Neuorganisation der städtischen Werke eine Kommission aus neun Magistratsmitgliedern bestellt.

Die Generalversammlung des Zentralverbandes für Jüngerleier, der auch Abordnungen der Kinotheaterbesitzer von ganz Deutschland beizuziehen, verlangt statt der Mannigfaltigkeit, die jetzt in dem Bild der Vergnügungssteuer herrscht, daß die Steuer eine kommunale ist, den Gehalt eines Reichsvergünstigungssteuergesetzes, in dem „der jetzt unerträglich und das gesamte Kinogewerbe erdrückende Steuerfuß auf ein erträgliches Maß zurückgeführt wird“. Es soll eine prozentuale den Eintrittspreisen angepaßte Steuer von Reichs wegen festgelegt werden.

Vereinigung der Freunde für Religion und Völkerverständnis. Genosse Pfarrer Bleier hält seine nächste religiöse Feierstunde am kommenden Sonntag, den 17. September, vorm. 10 Uhr, in der Trinitatiskirche, Charlottenburg, Kant- und August-Platz (unweit Untergrundbahnhof Bismarckstraße) ab. Er wird sprechen über „Frau Sorge“. Die Vereinigung veranstaltet am Dienstag, den 19. September, abends 7 1/2 Uhr, in der Leibniz-Oberrealschule, Charlottenburg, Schülerstr. 125 (Rabe Knie) einen „Gras-Teller-Abend“. Genosse Pfarrer Bleier wird den religiös-revolutionären Geist, der aus den Werken des Dichters spricht und der hinter bayerischen Festungsmauern zu Tode gequält wird, beleuchten.

Jugendweihen. 14. Bezirk und ähnliche Vororte. Die Verbessehung für die Kinder, die zur Jugend weihen im „Dreizehn“ (früher Doppelts Brauerei) am Sonntag, den 17. September, angemeldet sind, findet heute, Donnerstag, den 14. September, pünktlich 2 Uhr im „Ordnung“, Salzenbeide, Ude-Grasstr. 111. — 19. Bezirk und umliegende Vororte. Die Verbessehung für die Kinder, die zur Jugendweihen am Sonntag, den 17. September, in der Aula des Anatomischen Lehrstuhls angemeldet sind, findet heute, Donnerstag, den 14. September, pünktlich nachmittags 1/2 5 Uhr, in der Aula des Anatomischen Lehrstuhls statt. Das Erscheinen der Eltern ist erwünscht.

## Gegen den Ausverkauf.

In den bayerischen Grenzbezirken nach der Tschechoslowakei hatten sich unheilbare Zustände entwickelt, da diese Bezirke vollständig ausgekauft wurden. Nunmehr wurde die Grenze nach tschechischem Vorbild durch eine starke Gendarmerie, deren Posten etwa 100 Meter voneinander entfernt stehen, vollständig abgesperrt. Auch Schleichwege, die bisher von den Schmugglern benutzt wurden, sind jetzt vollständig abgesperrt. Die Absperrung wird mit großer Schärfe durchgeführt, daß selbst Tschechen, die den Dringlichkeitsvermerk auf ihren Grenzschritten aufweisen, an der Grenze rücksichtslos zurückgewiesen werden.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst überwiegend trübe mit Regenschauern, frischen südwestlichen Winden, etwas wärmerer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur. Später zeitweise auflockernd.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

43. Wkt. Die Elternversammlung findet nicht Freitag, den 15. September, sondern heute abend 7 Uhr in der 100. Gemeindegemeinde, Neichenberger Str. 67/70, statt. Junggesellinnen, Gruppe Neudölln. Heute abend 7 1/2 Uhr im hiesigen Jugendheim, Kantstraße 53, Diskussionsabend. Gruppe Norden. 7 1/2 Uhr in der Schule Putzener Straße 3—6. Vortrag des Genossen Winterfeldt.

